

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

24.6.1927 (No. 144)

Albanien Vorschläge zu machen seien, um die normalen Beziehungen zwischen den beiden Völkern wieder herzustellen zu können. Ich bin jederzeit damit einverstanden, daß wir unsere Kräfte zur Entspannung der Lage zwischen anderen Ländern einbringen. Solange wir eine gleichberechtigte Macht in dem europäischen Konzert sein wollen, können wir uns einer solchen Aufgabe nicht entziehen.

Der Völkerbund hat in dem Sinne der von mir vorgeschlagenen Entschließung der Reichsregierung zur Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz entschieden. Die Entschließung der Reichsregierung ist vom Kabinett einstimmig gebilligt worden. Die zuständigen Körperschaften, der Reichswirtschaftsrat und der handelspolitische Ausschuss des Reichstages werden sich in nächster Zeit mit einer Herabsetzung unseres Zollniveaus zu beschäftigen haben.

Wir wünschen, daß das Abrüstungsproblem

entsprechend der klaren Forderung des Artikels 8 der Völkerbundscharta gelöst wird. Zu den Abrüstungsverhandlungen gingen wir nicht als Schuldner, sondern als Gläubiger (Sehr richtig rechts und in der Mitte). Für den Völkerbund selbst ist die Lösung dieser Frage einfach eine Frage seiner eigenen Geltung, ja eine Frage seiner Existenz. (Erneute Zustimmung).

Die Erklärung der litauischen Regierung zu den Beschlüssen der Memelländer

gab dem Präsidenten des Völkerbundes Veranlassung zu der Erklärung, daß der Völkerbund nun hoffentlich nicht noch einmal sich mit der Regelung dieser Frage befassen muß. Meine Besprechungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten vor zwei Tagen in Berlin bestärkten mich in der Auffassung, daß Litauen gewillt ist, gute Beziehungen zu seinen Nachbarn zu unterhalten.

Der Redner bespricht dann das Verhältnis Deutschlands zu den in der Vorkonferenz vertretenen Mächten und die Hinzuziehung eines Deutschen in die Mandatskommission.

Wenn wir auch keine Kolonien besitzen, sind wir doch in hohem Maße an dieser Kommission interessiert. Auch der Völkerbund glaubt, uns nicht entbehren zu können. In der Seuchenbekämpfung unter den Eingeborenen hat Deutschland das Hauptverdienst. Für unsere Wirtschaft ist es ferner von außerordentlicher Bedeutung, daß uns die koloniale Erfahrung nicht verloren geht. Wir brauchen sie für unsere Beteiligung in den Rohstoffgebieten. Es ist sicher, daß im September die Hinzuziehung eines deutschen Mitgliedes in die Mandatskommission erfolgt.

Mit Enttäuschung ist es aufgenommen worden, daß der Wunsch der freien Stadt Danzig

in bezug auf die Feststellung des Rechtszustandes auf der Westeuropäische noch nicht erledigt worden ist. Die Stadt Danzig will dem Völkerbundrat neue Vorschläge unterbreiten, die auf eine andere Lösung der Differenzpunkte mit Polen zielen. Das war auch der Grund, der Danzig und uns veranlaßt hatte, nicht auf eine sofortige Entscheidung des Völkerbundrates zu drängen.

Die stärkste Enttäuschung hat in Deutschland die Tatsache hervorgerufen, daß

die Frage der Truppenreduktion im Rheinland

bei den diesmaligen Besprechungen in Genf nicht gelöst worden ist. Es ist eine völlig falsche Annahme, wenn die französische Presse meint, daß die Erfüllung dieser deutschen Forderung ein Beweis des guten Willens gegenüber Deutschland sei. Es handelt sich hier nicht um irgend eine Konzession, die von unserem Wohlverhalten abhängig wäre, sondern die Reduktion der Rheinlandstruppen bildet ein Teil derjenigen Zusicherungen, von denen die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages abhängig war. (Lebh. Zustimmung rechts.) Wir haben auf die Erfüllung der Forderung der Truppenreduktion einmal einen formellen und zweitens einen weit noch darüber hinausgehenden politischen Anspruch. Es kann sich natürlich nicht um eine Verminderung um 4-5000 Mann handeln. Nach der Zusage müssen die Truppen auf die Tiefzahl vermindert werden, die in der Vorkriegszeit von Deutschland im Rheinlande unterhalten wurde.

Wenn das Mißtrauen in dem Wert zur feierlich gegebenen Zusage sich ausbreitet und erhärtet wird durch die Nichterfüllung auf einem Gebiet, so ist die Gefahr vorhanden, daß die Zusage auf anderen Gebieten mitschüttelt wird. (Lebh. Beifall.) Ich begrüße es deshalb, daß der englische Unterstaatssekretär ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß der englische Außenminister Chamberlain die Zusage in derselben Weise ausgelegt hat wie wir. Der deutsche Vorkonferenz hat in London über diese Erklärung eine Ansprache gehalten, und ihm ist versichert worden, daß nach englischer Auffassung die Erfüllung der Forderung der Truppenreduktion im Rheinland anzusehen ist. Die Frage ist eine Frage des Vertrauens geworden in die Ehrlichkeit unserer Vertragspartner, und es liegt nicht an uns, sondern an der unglaublichen Hinauszögerung der Entscheidung, daß die deutsche Öffentlichkeit die Geduld darüber verloren hat. (Lebh. Beifall.)

Die Verstärkung der deutschen Offensiven

kann in keiner Weise mit dieser Frage verknüpft werden. Wenn sich das deutsche Kabinett entschlossen hat, ein oder zwei Experten zur Befestigung der Ostfront einzuladen, so ist das lediglich ein Akt des Gegenkommens, weil die deutsche Regierung nichts zu verbergen hat und weil die Offensivfrage uns zu gering erscheint, um ein Streitobjekt zwischen den Mächten zu werden. Angesichts dieser entgegenkommenden Haltung Deutschlands in einer Frage, in der es rechtlich nicht gebunden war, ist die deutsche Öffentlichkeit um so mehr empfindlich berührt worden durch die Art und Weise, in der

der französische Ministerpräsident Poincaré

in seiner kürzlich gehaltenen Rede geglaubt hat, das deutsch-französische Verhältnis kennzeichnen zu wollen. Ich bin der Ansicht, daß wir den großen Problemen der Gegenwart nicht damit näher kommen, wenn wir in den Alten zurückblättern. Die Aufklärung der Weltöffentlichkeit ist zu weit vorgeschritten, als daß zu befürchten wäre, daß derartige Behauptungen noch Glauben finden. (Lebh. Zustimmung.) Erheblicher ist dagegen, was Herr Poincaré über die Fragen der Gegenwart gesagt hat. In seinen Schlussfolgerungen erwähnte Herr Poincaré als Zeichen für die deutsche Geistesverfassung die Tatsache, daß ein deutsches Kriegsschiff eine Auslandsreise angetreten hat, das den Namen „Elsah“ trage. Das Dampfschiff „Elsah“ wurde schon im Jahre 1903 erbaut und hat also schon vor 23 Jahren seinen Namen erhalten (Heiterkeit). Das stellt Herr Poincaré allen Erstes die Behauptung auf, ich sei kein aufrichtiger Anhänger der Locarno-Politik. Warum bezieht sich Herr Poincaré nicht auf die feierliche programmatische Erklärung, die Reichsminister Dr. Marx nach der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts an dieser Stelle abgegeben hat? Da hat er ausdrücklich betont, daß die bisherige Außenpolitik fest auf der Grundlage der Locarno-Verträge fortgesetzt wird. Er hat geschlossen mit den Worten: „Unsere Außenpolitik ist gekennzeichnet durch den Verzicht auf den Gedanken der Revanche.“

Unsere Tendenz ist vielmehr die Herbeiführung der gegenseitigen Verständigung.

Wenn er weiter sagt, Deutschland müsse erst einmal die Forderungen der Vorkonferenz in den einzelnen Fragen erfüllen und damit einen Beweis für seinen guten Willen liefern, so läßt sich eine solche Äußerung nur so erklären, daß Herr Poincaré infolge seiner Arbeitsüberlastung über die Dinge nicht mehr genügend informiert ist. Am 12. Dezember v. J. ist von den Mächten der Vorkonferenz in Genf mit Genehmigung festgestellt worden, daß über den größten Teil der mehr als 100 Fragen eine Verständigung erzielt worden sei. Nur über zwei Fragen stehe die Verständigung noch aus. Die beiden damals noch ausstehenden Fragen waren die Frage der Offensiven und der preussischen Polizei. Die Erfüllung der Forderungen in diesen Fragen ist aber bereits in der Durchführung begriffen. Herr Poincaré hat keinen Anlaß mehr, die deutsche Vertragstreue in Zweifel zu ziehen. Er kann seine politischen Absichten jedoch verwirklichen und der deutschen Öffentlichkeit den Beweis seiner guten Absicht erbringen, wenn er seinen großen persönlichen Einfluß dafür einsetzt, uns beispielsweise zunächst in der Frage der Truppenreduktion Genugtuung zu verschaffen. (Lebh. Beifall.) Was ist nun das Ziel Poincarés?

Mehrpolitik oder Locarno?

Eins oder das andere ist möglich, aber nicht eines und das andere. (Sehr gut.) Die Geistesverfassung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes ist in dem Maße dem Geiste der Verständigung gefolgt, wie die europäischen Verhältnisse sich entwickelten. Deutschland hat der Ruhrinvasion Widerstand entgegengesetzt. Es hat das Dawes-Abkommen auf sich genommen. Das deutsche Volk wünschte den Weg nach Locarno und Genf. Es begrüßte den Gedanken der französischen Annäherung. Wer einen Beweis dafür wünscht, rufe sich die Huldigungen ins Gedächtnis, die Herr Poincaré in Frankfurt a. M. zuteil wurden. Das deutsche Volk ist bereit, die Hand zu erheben, aber nicht die Hand des Siegers. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Immer spricht man uns von der französischen Sicherheit. Es gibt aber keinen verantwortungsvollen Menschen in Deutschland, der so verbrecherisch wäre, Deutschland in einen Krieg gegen irgendwelche Macht im Osten oder Westen zu hegen. Wir wollen aber endlich, acht Jahre nach dem Kriege, die Wiederherstellung der deutschen Souveränität. Wir wollen ein friedliches, aber freies Volk sein. (Beifall.) Gebt man auch dem deutschen Rheinland den Frieden, auf den es einen berechtigten Anspruch hat! Unser Volk ist schwer enttäuscht, weil wir in bezug auf die Gesamtlösung stehen geblieben, ja zurückgeworfen sind.

Unsere Stellungnahme liegt klar zutage; aber an Frankreich haben wir die Frage zu richten:

Wohin geht Dein Weg?

Frankreich? Soll der Geist der Kriegssphäre ewig dauern oder wählt Ihr die Devise „Für Frieden und Freiheit“? Nicht nur wir, sondern alle Völker, die den Frieden wollen, warten auf Antwort. (Stürmischer Beifall.)

Reichsminister Dr. Marx reicht dem Redner glückwünschend die Hand.

Die Erklärung der Regierungsparteien

Abg. Dr. Kaas (Zr.) gibt namens der Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der es heißt: Das Deutsche Reich hat durch Taten bewiesen, wie ernst es ihm mit einer ausgleichenden Zusammenarbeit der Nationen ist. Wir billigen das Bestreben der Reichsregierung, unser Verhältnis zu Rußland frei und unabhängig zu gestalten. Mit Nachdruck weisen wir den Gedanken der Einordnung Deutschlands in eine aggressive Front gegen Rußland zurück. (Lebh. Zustimmung.) Das schließt selbstverständlich das Recht Deutschlands nicht aus, gegebenenfalls gewissen Betätigungsfeldern der sowjetischen Politik außerhalb der Landesgrenzen mit Nachdruck entgegenzutreten. Mit Recht zieht die Weltöffentlichkeit in der Zusammenarbeit Deutschlands mit den anderen Mächten im albanisch-jugoslawischen Konflikt einen Beweis für die gleichberechtigte Großmachtsstellung Deutschlands. Umso unverständlicher ist es, daß man uns immer noch die für jeden Staat selbstverständliche Souveränität vorenthält. Kein Volk kann es ertragen, daß sein Gebiet von einer fremden Macht besetzt bleibt, nachdem die Voraussetzungen hierfür längst anderen Verhältnissen Platz gemacht haben. (Sehr richtig.) Nach der Annahme des Dawesgutachtens, angesichts seiner reibungslosen Durchführung, nach dem Abschluß der Locarno-Verträge und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hätte die letzte Stunde fremder Besatzung auf deutschem Boden schon längst schlagen müssen. (Erneute Zustimmung.) Nicht einmal die Verminderung der Besatzungstruppen ist durchgeführt worden, auf die Deutschland einen unbestreitbaren Anspruch hat. Mit stärkerer Enttäuschung entnehmen wir aus der Rede des Reichsaussenministers, daß es nicht gelungen ist, die Fragen in den Genfer Besprechungen zum Abschluß zu bringen. Wir erwarten bestimmt, daß es der deutschen Außenpolitik gelingen wird, die Einlösung dieses längst fälligen Versprechens endlich zu erreichen und zwar ohne deutsche Konzessionen. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit.)

Die Erklärung spricht ferner die Erwartung aus, daß die in Aussicht genommene Lösung der Frage der Offensiven einer endgültigen Vereinigung dieses Streitpunktes dienen wird und daß die Vorkonferenzkonferenz aufgehoben wird. Mit Befriedigung nimmt die Erklärung das entschiedene Eintreten der deutschen Delegation für die Memelbesitzer zur Kenntnis, ebenso die Schritte, um den Eintritt Deutschlands in die Mandatskommission zu sichern. Ferner wird die Hoffnung ausgesprochen, daß auf der Septembertagung die Danziger Forderungen erfüllt werden.

Der Redner gibt weiter der Enttäuschung über das Schwinden des Werkes von Locarno Ausdruck, das durch die Ausführungen Poincarés verstärkt worden sei und fährt fort: Wenn der Geist dieser Rede zum herrschenden Agens der französischen Politik werden sollte, dann würde allerdings die Hoffnung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Nachbarmächte und eine dauernde Befriedung Europas ausgehen werden müssen. Dann würde das Werk von Locarno zusammenbrechen, aber nicht durch deutsche Schuld. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Kreis (Soz.) spricht seine Verwunderung über die Zustimmung der Deutschnationalen zur Erklärung der Regierungsparteien aus. Wir wollen freundschaftliche und gute Beziehungen zu Rußland. Wir lehnen es aber ab, mit Moskau durch die Hand zu gehen. Wir halten das Vorgehen der englischen Regierung gegen die Arcos in London für falsch und verfehlt, andererseits hat die russische Regierung durch ihre jüngsten Massenhinrichtungen sich sehr viele Sympathien verschafft. Als einzigen Erfolg haben wir in Genf die Beteiligung an der Mandatskommission erzielt. Wir lehnen es aber ganz entschieden ab, Deutschland in die internationale Kolonialpolitik einzubeziehen, die gerade jetzt, wo die Völker der Kolonien erwachen, große Gefahren in sich birgt. Wenn die deutschnationale Presse über die Erfolglosigkeit von Genf jammert, so muß einmal gesagt werden, daß wir nicht von jeder Genfer Konferenz ein Weihnachtsgeschenk mit nach Hause bringen können. Auch wir Sozialdemokraten halten den Anspruch auf die vollständige Räumung des Rheinlandes für ein Recht Deutschlands, das mit der Frage der Offensiven nichts zu tun hat. Die Rede Poincarés unterscheidet sich immerhin vorteilhaft von seinen oratorischen Leistungen vor drei Jahren. Ein Staatsmann muß die Fähigkeit haben, zu vergehen. Diese Fähigkeit hat Poincaré nicht. Sie (zu den Deutschnationalen) sind als Regierungspartei voll verantwortlich für die Außenpolitik. Warum zerreißt Sie denn den Versailler Vertrag nicht? Weil Sie dazu nicht stark genug sind! Weil Sie über die Locarno-Politik draußen anders reden als hier im Reichstage. Die Außenpolitik Dr. Stresemanns verfolgt sicher andere Ziele als die Sozialdemokratie; aber wir unterstützen ihn, weil wir von ihr einen möglichst langen Waffenstillstand erwarten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Eißler (Komm.): Die Deutschnationalen haben sich um eine eigene Stellungnahme einfach herumgedrückt. Rußland hat sich durch alle englischen Provokationen vorbildlich nicht von seiner Friedenspolitik abbringen lassen. Der Redner begründet ferner den kommunistischen Antrag, nicht in die Mandatskommission einzutreten.

Die Fortsetzung der außerpolitischen Debatte wird um 18 1/2 Uhr auf Freitag 14 Uhr vertagt.

Der Arbeitsplan des Reichstages

Der Aussenrat des Reichstages beschloß, den Samstag sittingsfrei zu lassen. Am Montag und Dienstag sollen beraten werden: Das Kriegsgerätegesetz, der deutsch-italienische Handelsvertrag, die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes und die Anträge zur Beamtenbesoldung. Über die Behandlung der sonstigen Vorlagen wird erst später entschieden werden.

Französische und englische Pressestimmen zur Stresemannrede

RTB. Paris, 24. Juni (Tel.). Die Rede des Reichsaussenministers Dr. Stresemann hat in Frankreich einen tiefen Eindruck hervorgerufen. Selbst der „Gaulois“ muß zugeben, daß Poincaré schlecht beraten war, als er in Lunéville sprach. Erst die Antwort Stresemanns werde ein neues Kapitel in der Polemik zwischen den Regierungen eröffnen. Die Antwort Stresemanns bemühe sich, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des französischen Kabinetts auszubeten. — Der „Figaro“ schreibt: Für Europa ist die Rede ein lehrreiches Dokument. Es ist dem Schutze des Geistes von Locarno seine Macht zu stärken. — „Le Nouvelle“ schreibt: Die gestrige Rede ist die Rede eines guten Deutschen, der gut europäisch sprechen will. Der Leiter in der Wilhelmstraße hat im Namen der Berliner Regierung feierlich den Verzicht auf den Neuangebanten bestätigt. Wenn das so viel kritisierte Locarno nur eine derartige Erklärung zur Wirkung gehabt haben würde, so hätte es Frankreich bereits einen großen Dienst geleistet. — Die „Solon“ erklärt: Dr. Stresemann hat gestern im Reichstag die beste Rede seiner ganzen politischen Laufbahn gehalten. Unbestreitbar ist die Stellung Stresemanns die stärkere; den er ist gegen Poincaré vorgegangen, ohne daß man ihm ein ungeschicktes oder verletzendes Wort zum Vorwurf machen könnte.

RTB. London, 24. Juni (Tel.). Einige Blätter bringen mehr oder weniger ausführliche Auszüge aus der gestrigen Stresemannrede. — Der Berliner Korrespondent der „Times“, der einen besonders ausführlichen Bericht gefandt hat, schreibt, es habe selten eine Debatte über auswärtige Angelegenheiten ein solches Bild der Einseitigkeit gegeben, zunächst einer Art resignierter Einseitigkeit, dann allgemeiner Zustimmung, als der Außenminister zu einer nahezu leidenschaftlichen Erwiderung auf Poincarés Rede überging.

Die Besoldungsfrage im Ausschuss

RDZ. Berlin, 24. Juni (Tel.). In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages berichtete Reichsfinanzminister Dr. Kähler über die Besprechung, die er mit dem Landesfinanzministern in der Frage der Besoldungserhöhung für die Beamten gehabt hat. Als Ergebnis dieser Besprechung konnte er die einstimmige Entscheidung der Landesfinanzminister mitteilen:

1. Die Finanzminister der Länder erkennen die Notwendigkeit der Erhöhung der Beamtenbezüge an und halten es für unabweisbar, sich im wesentlichen dem Vorgehen des Reiches anzuschließen.
2. Die Finanzminister der Länder halten in Abereinstimmung mit dem Reichsminister der Finanzen eine Erhöhung der Beamtenbezüge vor dem 1. Oktober nicht tragbar.
3. Selbst wenn die Erhöhung der Beamtenbezüge erst zum 1. Oktober erfolgt, sehen sich die Länder außer Stande, die für die Erhöhung erforderlichen Mittel aus den ihnen zur Verfügung stehenden Einnahmen zu decken. Sie erheben daher die Forderung, daß das Reich den Ländern die nötigen Einnahmen zur Deckung der Besoldungserhöhung zur Verfügung stellt.

Der Minister wiederholte unter Bezugnahme auf diese Stellungnahme der Länder seine Mahnung an den Ausschuss, von jeder Abschlagszahlung vor dem 1. Oktober Abstand zu nehmen. Die Wirkung solcher Vorauszahlungen würde nur die sein, daß die Beamten bei der Gesamtregelung weniger bekommen; denn das Reich verfüge nur über die Mittel, die die vorgesehene Regelung ab 1. Oktober ermöglichen.

Eine Beamtenkündigung in Berlin

Am Donnerstagabend fand im Lustgarten zu Berlin eine Kundgebung statt, an der etwa 50 000 Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes teilnahmen, um gegen die Verschleppung der „Besoldungserhöhung“ zu protestieren. Nach den Reden wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. gefordert wird, daß die Besoldungserhöhung wenigstens für die Beamten in den unteren Gruppen sofort erfolgt. Die Versammlung, die einen ruhigen Verlauf nahm, wurde vielfach durch Kommunisten gestört.

Zu der Kundgebung erließ auch der Reichsverband der höheren Beamten eine Erklärung, in der er darauf hinweist, daß die unhaltbar gewordene wirtschaftliche Lage der Beamten eine weitere Hinausschiebung der Besoldungsreform nicht zulasse. Die höheren Beamten seien der Ansicht, daß sich parlamentarisch ein Weg finden lassen müsse, um die Besoldungsreform, die seit mehr als 2 1/2 Jahren besprochen werde, umgehend durchzuführen. Jede Zwischenbesetzung müßte die höhere Beamtenchaft abgeben.

Der Entwurf eines allgemeinen Reichsbeamtengesetzes ist, wie der „Sozialdem. Freieigent“ erfährt, jetzt fertiggestellt. Die Verhandlungen über diesen Entwurf mit den Spitzenorganisationen sollen nach den Sommerferien erfolgen. Das neue Gesetz soll an Stelle des alten Reichsbeamtengesetzes vom Jahre 1873 treten. Die dem Reichstag vorliegende neue Dienststrafordnung und das noch im Reichsrat zur Verhandlung stehende Gesetz über Beamtenvertretungen sollen später mit dem Reichsbeamtengesetz zu einem einheitlichen Gesetzeswerk verbunden werden.

Politische Neuigkeiten

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages

trat am heutigen Freitag vormittag zur Beratung des Kriegsgesetzes und des deutsch-italienischen Schiedsgerichtsvertrages zusammen. Beide Entwürfe sollten am Montag bereits in zweiter Lesung auf die Tagesordnung der Plenar-sitzung gesetzt werden. Das Auswärtige Amt war — wie aus Berlin gemeldet wird — durch Staatssekretär von Schubert vertreten. Er führte aus, daß der Gesetzentwurf über das Kriegsgesetz nach jahrelangen Verhandlungen mit der Militärkontrollkommission zustande gekommen sei. Auch die Schiedsgerichtskonferenz habe ihm unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß an seinem Wortlaut keine Änderung vorgenommen werde. — Nach eingehender Aussprache wurde das Gesetz gegen die Stimmen der Kommunisten gutgeheißen.

Einigung in der Aufwertungsfrage

Die Regierungsparteien haben sich mit der Reichsregierung in der Frage der Aufwertungsfrage am Donnerstag geeinigt. Es werden folgende Änderungen der bisherigen Aufwertungsregelung vorgeschlagen:

1. Im Hypothekenaufwertungsrecht wird eine Wiedereinleitung gegen die Verfallung der Anmeldefrist des Paragraphen 16 (zurückgezogene Hypotheken) gewährt werden, wenn der Gläubiger nachweist, daß er ohne Verschulden die Frist verfallen hat und die nachträgliche Anmeldung bis zum 1. Oktober dieses Jahres bewirkt.

Die im Jahre 1921 begründeten Restkaufpreise, die zur Zeit nur bis zu 100 Prozent des Goldmarkwertes des vereinbarten Restkaufpreises aufgewertet werden, sollen nach der persönlichen Seite hin auf einen bei der Aufwertungsstelle bis zum 1. Oktober zu stellenden Antrag individuell höher aufwertbar werden, und zwar a) die in den ersten drei Jahren vereinbarten Preise bis zu 400 Prozent, b) die im letzten Vierteljahr 1921 vereinbarten Preise bis zu 600 Prozent des Goldmarkwertes.

Die Verzinsung der persönlichen Forderungen bei gelöschten Hypotheken soll einheitlich am 1. April 1926 beginnen (zur Zeit am Vierteljahresrhythmus nach Wiedereintragung).

2. Ohne Abänderung des betr. Gesetzes sollen im Verwaltungswege folgende Erleichterungen gewährt werden: 1. die Bedürftigkeitsgrenze bei der Verzinsung wird von 800 auf 1000 Mark erhöht; 2. Fristverlängerungen sollen, falls sie nicht auf Verschulden beruhen, den Arbeitslosen nicht ausschließen, wenn die Anmeldung nachträglich bis zum 1. Oktober dieses Jahres erfolgt.

Zu weiteren Änderungen des Aufwertungsgesetzes glauben sich die Regierungsparteien nicht entschließen zu können, insbesondere nicht zur Zurückverlegung des Stichtages vom 15. Juni 1922, der also aufrechterhalten bleibt.

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist ein Antrag eingebracht worden, für den Beginn der Verzinsung der aufgewerteten Sparguthaben, wie es ähnlich bei der Aufwertung von Hypotheken geschehen soll, einen einheitlichen Zeitpunkt festzusetzen und zwar den 1. Januar 1926. Der Vorschlag soll dem Satz entsprechen, der bei den einzelnen Sparplänen für Neueinlagen gilt. Für die Verzinsung der aufgewerteten Hypotheken sieht bekanntlich der Reichstag vorliegende keine Aufwertungsgegenstände einen einheitlichen Zeitpunkt vor, den die Regierung auf den 1. Juli 1926 festsetzen wollte, der aber von der Mehrheit des Reichsausschusses in erster Lesung auf den 1. Januar 1926 festgesetzt worden ist.

Am Reichsausschuss des Reichstages wurde angekündigt, daß entsprechend den Vereinbarungen des Reichsjustizministers mit den Ländern eventuell einzelne Länder der Sparguthaben über den Mindestsatz von 12½ Prozent hinaus werden aufwerten können. So wird Preußen, wie ein Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern erklärte, aller Wahrscheinlichkeit nach in der Lage sein, eine Aufwertung in Höhe von 15 Prozent durchzuführen zu können.

Keine Verlängerung des Sperrgesetzes. Die Reichsregierung hat beschlossen, das Sperrgesetz nicht zu verlängern. Sie ist, wie die „Egl. Abf.“ meldet, zu diesem Beschluß gekommen, nachdem sämtliche ehemaligen Fürstentümer durch ihre Bevollmächtigten erklärt haben lassen, daß sie bis zum 1. Dezember laufende Prozesse nicht aufnehmen und neue Prozesse nicht anhängig machen werden. Man nimmt an, daß bis zu diesem Termin die nach ausstehenden Streitigkeiten zwischen Ländern und Fürstentümern — es handelt sich um die Länder Thüringen und Württemberg — auf dem Wege des Vergleiches ausgetragen sein werden. Die Regierungsparteien werden sich mit dieser Regelung einverstanden erklären.

Knappe Mehrheit der französischen Regierung. In der französischen Kammer wurde am Donnerstag über einen Antrag abgestimmt, der Regierung nicht die Genehmigung zur Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten Cadix zu erteilen, falls dieser bis zum 10. Juli keine sechsmonatige Gefängnisstrafe nicht antritt. Vor der Abstimmung erklärte Cadix selbst, er werde die Strafe antreten. Er gehe erhobenen Hauptes ins Gefängnis. Der radikale Abgeordnete Gulin erklärte, die radikale Fraktion werde einstimmig gegen die Forderung der Regierung stimmen. Der Antrag wurde mit 242 gegen 239 Stimmen bei 480 Abstimmen abgelehnt. Rund 100 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Kurze Nachrichten

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird heute die Reise nach Amerika antreten, um dort an der Zusammenkunft der Zentralnotenbankpräsidenten teilzunehmen.

Die Krisenfurche. Der Reichsrat hat die vom Reichsarbeitsminister beantragte Verlängerung der Krisenfurche, die am 30. Juni d. J. abläuft, um ein Vierteljahr beschlossen.

Keine Erhöhung der Reichsbanktarife. Eine von der „Deutschen Zeitung“ verbreitete Nachricht über Erhöhung der Reichsbanktarife ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, vollständig aus der Luft gegriffen.

Ein deutschnationaler Wirtschaftsminister in Sachsen. Die deutschnationale Fraktion des sächsischen Landtages hat mit knapper Mehrheit beschlossen, das Angebot des Ministerpräsidenten Selb zu der Befragung des Wirtschaftsministeriums anzunehmen. Die Fraktion schlägt Dr. Krug von Ribba, ehemaligen Kreisamtspräsidenten der Kreisamtsmannschaft Dresden vor.

Die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz. Der Schlußbericht der Weltwirtschaftskonferenz ist dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsminister des Auswärtigen dem Reichstag vorgelegt worden. Er faßt in deutscher, französischer und englischer Sprache die verschiedenen Resolutionen der Unterkommissionen der Konferenz und die allgemeinen Entschlüsse sowie die Schlußansprache des Präsidenten Theunis zusammen.

Die Mandatskommission des Kaiserbundes befaßt sich am Freitag mit der Prüfung des Berichtes der australischen Regierung über die Verwaltung von Neuguinea.

Das Komitee zur Bekämpfung der Falschmünzerei ist am Donnerstag in Genf zusammengetreten.

Badischer Teil

Die badische Regierung beim Reichshaus

Aus Berlin wird gemeldet, Reichskanzler Dr. Marx gab Donnerstag mittag ein Frühstück zu Ehren der badischen Regierung, deren Mitglieder unter Führung des Staatspräsidenten Trunt zu der Besprechung der Finanzminister nach Berlin gekommen waren. Die Anwesenheit der badischen Minister wird zu weiteren Aussprachen mit dem Reichskabinet Anlaß geben. Abends fand ein Essen in der badischen Gesandtschaft statt.

Badischer Landtag

Der Nachtragsetat zum Staatsvoranschlag

Wie schon mitgeteilt, ist dem Badischen Landtag der Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1926 und 1927 zugegangen. Er enthält mehrere Anforderungen, die vom Landtag bereits im voraus genehmigt worden sind. Infolge des Rückganges der Erwerbslosenziffer brauchen von den unter 4. Febr. d. J. bewilligten 2 Millionen für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge nur noch 1,6 Millionen in den Voranschlag eingestellt werden. Auf den Etat gebracht ist ferner die einmalige Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen im Gesamtbetrag von 700 000 RM. Eine bereits bewilligte Position betrifft die Summe von 7750 RM für das Weinbauinstitut Freiburg. Die Errichtung einer Neben-Verwaltungsanstalt verursacht nämlich über den Voranschlag von jährlich 80 000 RM hinaus einen Mehraufwand von 15 500 RM. — Zur Verringerung der im Sommer 1926 entstehenden Unwetterrisiken hatte das Reich den Betrag von 100 000 RM zur Verfügung gestellt unter der Bedingung, daß Land und Gemeinden je die gleichen Mittel zu demselben Zweck aufbringen. Der Landesanteil von 100 000 RM ist vom Landtag am 16. Dez. bewilligt worden und erscheint jetzt im Nachtrag.

Der Staatszuschuß an die Kreisverbände ist mit 500 000 RM jährlich eingestellt. — Der Fürsorgeaufwand des Landes machte eine Nachforderung von 310 000 RM notwendig. — Infolge Landtagsbeschlusses erhöhen sich die Zuwendungen an die badischen Kreisverbände aus dem Anteil Badens an dem Aufkommen an Totalfabriksteuer um 57 000 RM.

Badens Anteil am Ertrag der Reichsteuern

Die tatsächlichen Überweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie aus der Umsatzsteuer haben im Rechnungsjahr 1926 die im Hauptvoranschlag eingestellten Beträge erheblich überschritten: auch das Jahr 1927 bringt (zum Teil infolge der Übergangsregelung des Finanzausgleichs) wesentliche Mehrerlöse. Diese betragen für 1926 8 978 000 RM, für 1927 nach der Schätzung des Reiches 14 829 000 RM, zusammen somit 23 807 000 RM oder im Jahresdurchschnitt 11 903 500 RM. Die Gemeinden und Kreise haben von den Mehrüberweisungen erhalten: 1926: 5 071 000 RM; sie werden für 1927 noch erhalten 7 414 500 RM.

Aus der Kraftfahrzeugsteuer kann für beide Jahre mit einer Überweisung von 8 178 000 RM, pro Jahr also durchschnittlich mit einer Einnahme von 4 089 000 RM gerechnet werden, d. i. gegenüber dem Voranschlagsfuß ein Mehr von 561 500 RM. — Die Überweisung aus der Kennzeichensteuer bringt eine Mindereinnahme von 200 000 RM jährlich. — Der Biersteueranteil Badens erfährt eine Erhöhung, die für 1926 auf 384 000 RM und für 1927 auf 3 Millionen RM geschätzt wird.

Das Aufkommen an badischen Steuern

Nach den allerdings nur vorläufigen Feststellungen der Finanzämter werden sich für 1926 und 1927 die Steuerwerte und der Gewerbeertrag auf Grund des Gesetzes vom 7. Juli d. J. gegenüber der bisherigen Schätzung in der Weise ändern, daß als jährliche Steuererlöse zu erwarten sind: Vom Grundvermögen 25 Millionen RM, vom Betriebsvermögen 31 Millionen RM, vom Gewerbeertrag 9,6 Millionen RM, zusammen 37,7 Millionen RM. Der Reinertrag ist mit 33,7 Millionen RM veranschlagt, gegen 30 Millionen RM im Hauptvoranschlag, so daß sich also eine Mehrerinnahme von 3,7 Millionen RM ergibt, die in den Nachtrag aufgenommen ist.

Was die außerordentliche Steuer von den bebauten Grundstücken (Gebäudesteuer) anlangt, so ermäßigt sich der Steuerertrag für 1926 von 22 274 300 RM auf 18 093 800 RM und zwar infolge der in dem Gesetz vom 1. Juli v. J. vorgesehenen Befreiungen usw. und infolge der Verdrückung der Steuerwerte. Für 1927 sind zu erwarten 19 Millionen RM. Die beabsichtigte Steuererhöhung für die Gebäude um 2 RM monatlich ab 1. Mai ergibt für das Land für 1927 einen Mehretrag von 1 510 200 RM.

Der Anteil der Wohnungsfürsorge beträgt nach dem Rechnungsergebnis für 1926 11 415 400 RM nur 9 129 400 RM; für 1927 sind zu erwarten 9 875 600 RM. Der Mehretrag der Steuer für 1927 mit 1 510 200 RM ist bekanntlich in voller Höhe für den Wohnungsbau zu verwenden. Zusammen stellt sich der Anteil der Wohnungsfürsorge für 1926 und 1927 auf je 10 267 600 RM, danach ergibt sich eine Mindereinweisung gegenüber dem Voranschlagsfuß von jährl. 1 157 800 RM.

Unsere Landstraßen

Wie aus der Denkschrift über die Entwicklung des badischen Straßenbauprogramms bereits mitgeteilt, sollen die Arbeiten zur Instandsetzung der Landstraßen mit Rücksicht auf die rasche Entwicklung des Kraftwagenverkehrs schneller vollzogen werden, als dies nach der ersten Denkschrift über den Zustand der Landstraßen vorgeesehen ist. Im außerordentlichen Etat des Nachtrags zum Staatsvoranschlag finden wir deshalb eine 11. Forderung von 2 Millionen. Da die auf dem außerordentlichen Instandsetzungsprogramm beruhenden Beiträge der Gemeinden zum Zwecke der Zahlungsvereinfachung vom 1. April d. J. ab, jeweils auf 20 Jahresraten verteilt, erhoben werden sollen, ist für 1927 nur ein Zwanzigstel dieser Beiträge in Rechnung gestellt, also die Summe von 1 887 000 RM. Berücksichtigt man noch, daß das Reich aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge nur noch Zinsverbilligung zu den aus Anlehensmitteln auszuführenden zusätzlichen Straßenbauten gewährt, wofür in Einnahmen 250 000 RM eingestellt sind, so ergibt sich gegenüber dem Hauptvoranschlag (3,6 Mill.) eine Mindereinnahme von jährlich 1 513 000 RM.

Die Arbeitsgerichte

Mit dem 1. Juli d. J. gehen die Geschäfte der bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte einschließlich der arbeitsgerichtlichen Kammern, der Schlichtungsausschüsse, sowie die bis jetzt von den Gemeinden, und ordentlichen Gerichten erledigten Arbeitsstreitigkeiten auf die Arbeitsgerichte über. Es sollen in Baden 25 Arbeitsgerichte, sowie 6 Landesarbeitsgerichte (bei den Landgerichten Mosbach, Mannheim, Karlsruhe, Offenburg, Freiburg und Konstanz) errichtet werden. An Vorständen der Arbeitsgerichte sind erforderlich für das Arbeitsgericht Mannheim zwei hauptamtliche und ein nebenamtlicher, für das Arbeitsgericht Karlsruhe ein hauptamtlicher und ein nebenamtlicher, und für die übrigen Arbeitsgerichte je ein nebenamtlicher, auf, also 3 hauptamtlich, und 25 nebenamtlich. Vorsitzende. Die hauptamtlich. Vorsitzenden werden

de r Bedeutung des Dienstes entsprechend als Arbeitsgerichts-direktoren nach Gruppe 12 im Nachtrag angefordert. Die Stellen der nebenamtlichen Vorsitzenden sollen von Amtsgerichten im Nebenamt versehen werden.

Bei den Amtsgerichten Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Karlsruhe, Pforzheim, Rastatt, Baden, Offenburg, Lahr, Freiburg, Lörrach, Waldshut und Konstanz ist der Geschäftsstand so hoch, daß schon seit längerer Zeit Hilfsrichter zugewiesen werden mußten. Die weitere Zunahme der Geschäfte infolge der Übernahme der Arbeitsgerichte macht die Errichtung je einer weiteren Richterstelle bei diesen Gerichten unvermeidlich. Es werden daher sechs Richterstellen der Befoldungsgruppe 11 und sieben Richterstellen nach Gruppe 10 angefordert. Für neu zu schaffende Richterabteilungen sind noch 16 Beamte des gehobenen und des einfachen mittleren Dienstes vorgesehen.

Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

Von sozialdemokratischer Seite lag ein Antrag vor, die Regierung zu ersuchen, raschestens eine Änderung des Gesetzes betreffend die Zusammenlegung von Grundstücken vorzulegen in der Richtung, daß die Zusammenlegung auch auf Antrag der Gemeinden erfolgen muß. Vom Berichterstatter, Abg. Dr. Walber (D. Sp.), wurde auf die da und dort unüberwindlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich der Umlegung von Bauplänen und damit oft der baulichen Entwicklung der Städte entgegenstellen, indem die Grundstückeigentümer ihre privaten Interessen nicht dem öffentlichen Bedürfnis unterordnen wollen. Das Innenministerium, das gleichfalls eine Änderung für erforderlich hält, stellt einen entsprechenden Gesetzentwurf in Aussicht. Nach kurzer Aussprache erklärten sich die Antragsteller mit der Vertagung einverstanden, bis die von der Regierung geplanten Schritte bekannt sind.

Nächste Sitzung des Ausschusses am 4. Juli: Beratung des Polizeibeamtengesetzes. Der Ausschuss wird sich außerdem auch mit der Frage der Feier des Verfassungstages befassen.

Vorläufige Ergebnisse der Wohnungszählung 1927 in Baden

P. A. Am 16. Mai 1927 wurde gemäß Reichsgesetz in 409 Gemeinden mit 1 706 174 Einwohnern, und zwar in den Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern und in 288 kleineren Gemeinden, in denen besondere Verhältnisse, wie starke Bevölkerungszunahme, günstige Arbeitsverhältnisse, empfindliche Wohnungsnot vorlagen, eine Wohnungszählung vorgenommen. Die Zählung erstreckte sich also auf etwa ein Drittel aller Gemeinden und auf nahezu drei Viertel der Bevölkerung des Landes.

Die Zählung wurde, soweit bekannt, ohne besondere Schwierigkeiten durchgeführt, wenn auch in einzelnen Fällen die Durchführung durch Unstimmigkeiten zwischen den Hauseigentümern und Mietern erschwert wurde.

Nach dem vorläufigen Ergebnis sind in den Zählgemeinden insgesamt 412 413 Haushaltungen, sowie 408 537 bewohnte und 2197 leerstehende Wohnungen vorhanden. Die Zahl der mit anderen Haushaltungen oder Familien zusammenwohnenden zweiten und weiteren Haushaltungen beläuft sich auf 14 168; auf 1000 Einwohner kommen also 8,3 Haushaltungen ohne eine eigene Wohnung. Außer diesen zweiten und weiteren Haushaltungen sind 9412 Familien ohne eigenen Haushalt festgestellt worden, die mit anderen Familien zusammen einen Haushalt bilden und eine Wohnung teilen. Hiernach sind in den gezählten Gemeinden 23 580 Familien, die keine eigene Wohnung haben, d. i. auf 1000 Einwohner 13,8 Familien. Der tatsächliche Wohnungsbedarf wird allerdings erheblich hinter dieser letztgenannten Ziffer zurückbleiben; einerseits wird eine große Zahl der Familien ohne eigenen Haushalt auf eine eigene Wohnung keinen Wert legen und deshalb als ernsthafte Wohnungsuchende nicht in Betracht kommen; andererseits verlangen auch zahlreiche berufstätige ledige Personen eine eigene Wohnung und viele der in der Nachkriegszeit geschaffenen Not- und Behelfswohnungen müssen in den nächsten Jahren durch vollwertige Wohnungen ersetzt werden.

Als leerstehend sind hauptsächlich gezählt Wohnungen, die am 1. April infandgesetzt wurden oder der Instandsetzung bedürftig und Wohnungen, die bereits vermietet, aber noch nicht bezogen waren, insbesondere auch solche in Neubauten. Auf 100 Wohnungen stehen 0,5 Wohnungen leer, während man vor dem Kriege einen Leerbestand von etwa 2 v. H. für die Durchführung der regelmäßigen Wohnungsveränderungen als nötig bezeichnete.

Bei Beurteilung der hier mitgeteilten Zahlen ist in Betracht zu ziehen, daß es sich um vorläufige, aus ungeprüftem Zählmaterial gewonnene Ergebnisse handelt; immerhin scheinen diese Ergebnisse mit den in der Denkschrift der badischen Regierung über Wohnungsbau im Februar 1927, mitgeteilten Zahlen im wesentlichen übereinzustimmen.

Einen weiteren Aufschluß über den wirklich bestehenden Wohnungsbedarf werden die in etwa 14 Tagen vorliegenden Ergebnisse der mit der Zählung verbundenen Feststellung der Wohnungsuchenden ergeben. Es wird dann Gelegenheit sein, auf diese für die Volkswirtschaft so bedeutsamen Verhältnisse nochmals einzugehen.

Die Rheinbrückenprojekte

Im Verkehrsausschuss des Reichstages wurde am Donnerstag bei der Behandlung einiger Petitionen der Reichsregierung auch die baldige Inangriffnahme der Rheinbrückenprojekte Maximiliansau, Speyer und Ludwigshafen empfohlen. Zu dieser Frage erklärte ein Vertreter der Reichsregierung, daß die Entwürfe und technischen Vorarbeiten bereits fertiggestellt seien, alle drei Rheinbrücken würden gleichzeitig in Angriff genommen werden. Die Kostenfrage werde wahrscheinlich so geregelt werden, daß ein Drittel der gesamten Kosten die Reichsbahn, ein Drittel der beteiligten Länder und das letzte Drittel das Reich übernehmen werde. Mit dem Bau werde begonnen, sobald über die Kostenfrage zwischen Reich, Ländern und Reichsbahn eine definitive Einigung erfolgt sei. Ende dieses Monats würden bereits die Verhandlungen über die Kostenfrage beginnen.

Betterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter Hochdruckeinfluß herrschte wieder in Baden gestern meist heiteres, trockenes und warmes Wetter. Ein über England liegender Sturmwirbel, dessen Ausläufer bis weit nach Frankreich reichen, stellt für heute und morgen unbeständiges Wetter mit einzelnen Strichregen und zeitweise auffrischenden westlichen Winden in Aussicht. Voraussichtliche Witterung am Samstag, den 25. Juni: Wechselnd wolkig, mit einzelnen Strichregen und zeitweise auffrischenden Westwinden. Für die Jahreszeit kühl.

Verschiedenes

Die Ozeanflieger Chamberlain und Levine sind am Donnerstag von Wien nach Prag geflogen. Sie werden nicht nach Amerika zurückfliegen, sondern haben sich entschlossen, zusammen mit ihren Frauen mit dem Dampfer „Leviathan“ am 12. Juli nach New-York zurückzukehren. — Der Nordpolflieger Byrd hat — wie aus New-York gemeldet wird — abermals seinen Flug über den Ozean wegen ungünstigen Wetters verschoben. Die auf den Abflug wartende Menschenmenge gab ihrer Unzufriedenheit lauten Ausdruck.

Aus der Landeshauptstadt

Die Ettlinger 700 Jahrefeier

Am morgigen Samstag, den 25. Juni, werden nach Einbruch der Dunkelheit Leuchtfestern auf den Höhen um Ettligen erlöschen und weithin Kunde vom Beginn der 700-Jahrefeier geben.

Am Sonntag, den 26. Juni, findet u. a. nachmittags 4 Uhr auf der Freilichtbühne im Walthaldenpark bei Ettligen die Aufführung des Heimatstücks „Der Schultheiß von Ettligen“ von Wilhelm Fladt statt. Fladt, ein Ettlinger Kind, bekannt durch seine dreifachen Festspiele, hat seiner Vaterstadt mit seinem Heimatstück ein hervorragendes Geschenk gegeben. Bei ungünstiger Witterung werden in der städt. Festhalle als Ersatz für den „Schultheiß von Ettligen“ gleichwertige Heimatstücke aufgeführt; die für die Walthaldenaufführung gelösten Karten haben hierfür Gültigkeit. Abends 9 Uhr bewegt sich ein Fackelzug durch die illuminierte Stadt nach dem Walthaldenpark, in dem ein Karneval mit Feuerwerk und sonstigen Überraschungen veranstaltet wird. Insbesondere darf erwähnt werden, daß Fräulein Bielefeld mit ihrer Tanzschule den Zuschauern Auserlesenes bieten wird. (Auf die Anzeige im Anseratenteil wird hingewiesen.)

In der Hauptversammlung des Karlsruher Verkehrsvereins wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Dringlichkeit des Magauer Brückenprojektes und der geplanten Elektrifizierung durchgehender Strecken der Reichsbahn in Baden betont und der badischen Regierung, sowie der Stadtverwaltung dafür dankt, daß sie sich in beiden Angelegenheiten bisher tatkräftig und entschlossen gezeigt haben. Einmütige Annahme fanden ferner Anträge des Verkehrsvereins, für die Bezeichnung „Karlsruhe am Rhein“ einzutreten, und des Rechtsanwalts Schön, die Fortführung der Straßenbahn von Knielingen nach Magau zu fordern. Dem Bescheid des verdienten Geschäftsführers, Direktor Vacher, war eine eingehende Aussprache gefolgt, die den allseitigen Wunsch unterstrich, die „Karlsruher Herbsttage“ beizubehalten. Dabei wurde die bedeutende kulturelle Aufgabe des Landestheaters hervorgehoben und angeregt, mehr die Wagner-Opern zu pflegen. Es ist dem Verein gelungen, Verbandsdirektor Steinle wieder als 1. Vorstehenden zu gewinnen.

Zur Deutschen Turn- und Sportausstellung. Der Badische Landesauschuss für Leibesübungen und Jugendpflege, der Veranstalter der Deutschen Turn- und Sportausstellung Karlsruhe 1927 (25. Juni bis 10. Juli) umfaßt zur Zeit in der Abteilung Leibesübungen 26 Verbände und in der Abteilung Jugendpflege 59 Verbände und Bünde mit zusammen 828 000 Mitgliedern. Er bezweckt die körperliche, geistige und sittliche Erziehung des Volkes, insonderheit der männlichen und weiblichen Jugend Badens. Sein Ziel ist die Volksgemeinschaft. In 100 badischen Orten bestehen Ortsgruppen zur Vertretung der gestellten Aufgaben bei den Gemeindeverwaltungen.

Volkman-Ausstellung. Eine Gedächtnisausstellung für den verstorbenen Prof. v. Volkman findet vom 20. Juni bis 15. Juli bei E. Büchle, Kaiserstr. 132 im Gartensaal statt. (S. Inf.)

Fahndung. Nach einem Funkspruch aus Breslau wird nach einem angeblichen Kaufmann H. Kappel gefahndet, der mehrere Firmen dadurch geschädigt hat, daß er im Auftrage einer Breslauer Firma Tricotagen bei auswärtigen Firmen postlagernd Breslau an die Adresse Hugo Kitzki bestellte. Kappel ist etwa 30 Jahre alt, 170 Zentimeter groß, schlank, verlebtes Gesicht, Glatze. Vor dem Betrüger wird gewarnt.

Kurze Nachrichten aus Baden

23. Mannheim, 24. Juni. Der 36 Jahre alte verheiratete Geschäftsführer einer Genossenschaft aus Karlsruhe, geriet mit seinem 5/15 Ps. Opelwagen auf dem Wege von Seddenheim nach Mannheim, an einer scharfen Kurve bei der Südostseite des Flugplatzes von der Straße ab und in das etwas tiefer gelegene Feld. Der Wagen hat sich anscheinend mehrfach überschlagen. Der Fahrer des Wagens kam mit geringen Verletzungen davon, während die 38 Jahre alte Margarete Herrmann aus Seddenheim, welche die Fahrt mitmachen wollte, daran schwere Verletzungen erlitt, daß sie bald nach ihrer Entlieferung ins städtische Krankenhaus starb.

23. Rast, 23. Juni. Am 1. April 1921 gründete Direktor Strecha das Strecha-Werk G. m. b. H. als Büromaschinenfabrik, nachdem er zuvor die genau 20 Jahre früher von ihm ins Leben gerufenen Büroeinrichtungsfabriken Fortschritt in Freiburg während dieser ganzen zwei Jahrzehnte geleitet und zu einem großen, vier Fabriken und zahlreiche Filialen umfassenden Unternehmen entwickelt hatte. Die Firma Strechawerk siedelte von Freiburg nach Rast über, weil damals in Freiburg kein passendes Anwesen gemietet werden konnte. Dieser Tage konnte die Firma die 100 000ste Büromaschine fertigstellen, was Gelegenheit zu einer kleinen aber eindrucksvollen Feier bot.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	24. Juni		25. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168,92	169,26	168,93	169,27
Kopenhagen 100 Kr.	112,72	112,94	112,72	112,94
Niallen 100 L.	24,14	24,19	24,15	24,19
London 1 Pf.	20,473	20,513	20,471	20,511
Reimhof 1 D.	4,216	4,224	4,216	4,224
Paris 100 Fr.	16,505	16,545	16,505	16,545
Schweiz 100 Fr.	81,14	81,30	81,15	81,33
Wien 100 Schilling	59,29	59,41	59,31	59,43
Wag 100 Kr.	12,489	12,509	12,49	12,51

Um den Zusammenschluß in der Uhrenindustrie. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ finden Zusammenschlußverhandlungen zwischen der Gebr. Junghans A.-G. in Schramberg, der Hamburg-Amerikanischen Uhrenfabrik in Schramberg und der Vereinigten Uhrenfabriken in Freiburg (Schleien) statt, aber sie werden voraussichtlich nicht zur Fusion führen, sondern nur zu einem allerdings engen Konzernverhältnis. Außerhalb bliebe mit Ausnahme der Schwemninger Junghans-Filiale, die gesamte Schwemninger Uhrenindustrie.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 25. Juni bis 9. Juli 1927

a) Im Landestheater:

Sonntag, 26. Juni. * C 29. Th.-Gem. 2. S.-Gr. Die weiße Dame. Oper von Boieldieu. 7½—10 (7.—).
Montag, 27. Juni. Eine lieblose Komödie von Ben Jonson. 7½ bis u. 10½ (5.—).
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Dienstag, 28. Juni. * G 30. Th.-Gem. 1101—1200. Neueinstudiert: Sylvia. Ballett von Jules Barbier und Meryante. 8—10 (7.—).
Mittwoch, 29. Juni. * B 30. Th.-Gem. 1001—1100 und 1401—1525. Alessandro Stradella. Oper von Friedrich von Flotow. 7½—9½ (7.—).
Donnerstag, 30. Juni. * D 30. (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 1. S.-Gr. und 2. S.-Gr. Zum ersten Mal: Der Diktator. Schauspiel von Jules Romains. 7½—10 (5.—).
Freitag, 1. Juli. * F 30 (Freitagmiete). Abschiedsvorstellung für Robert Bay: Die weiße Dame. Oper von Boieldieu. 7½—10 (7.—).
Samstag, 2. Juli. Außer Miete. (erstes Vorrecht Miete G.) Th.-Gem. 1201—1400 und 3. S.-Gr. Neueinstudiert: Sylvia. Ballett von Jules Barbier und Meryante. 8—10 (7.—).
Sonntag, 3. Juli. * A 29. Th.-Gem. 901—1000. Abschiedsvorstellung für Dr. Heinz Knöll: Tosca. Oper von Puccini. 7½—10 (7.—).
Montag, 4. Juli. Außer Miete. Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: Carmen. Oper von Bizet. 7½—10½ (8.50).
Dienstag, 5. Juli. * C 30. Th.-Gem. 701—900 und 1101 bis 1200. Judith. Tragödie von Hebbel. 7½ bis nach 10½ (5.—).
Mittwoch, 6. Juli. 9. Vorstellung der Schülermiete. Thomas Baine. Schauspiel von Hans Jost. Eine beschränkte Anzahl von Plätzen ist für den allgem. Verkauf freigegeben. 6½—8½ (5.—).
Donnerstag, 7. Juli. Volksbühne 11. Volpone oder: Der Tanz ums Geld. Eine lieblose Komödie von Ben Jonson. 7½ bis nach 10½ (5.—).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Freitag, 8. Juli. Volksbühne 11. Volpone oder: Der Tanz ums Geld. Eine lieblose Komödie von Ben Jonson. 7½ bis nach 10½ (5.—).
Karten jeder Platzgattung sind für den allgem. Verkauf freigegeben.
Samstag, 9. Juli. * A 30. Th.-Gem. 1001—1100; 1401—1525 und 3. S.-Gr. Zum ersten Mal: Das Räuberstück. Schauspiel von Walter Haslam. 7½—10 (5.—).
b) Im hies. Konzerthaus:
Sonntag, 26. Juni. * Th.-Gem. 901—1000 und 1201—1400. Mein Better Edward. Schwan von Fritz Friedmann-Federich und Ralph Arthur Roberts. 7½—9½ (4.—).

Erste Vorstellungen nach den Ferien

Sonntag, 3. September 1927: Florian Geyer von Gerhart Hauptmann.
Sonntag, 4. September 1927: Don Giovanni von Mozart.

700 jähr. Jubiläum der Stadt Ettligen

Samstag, den 25. Juni 1927, abends 9 Uhr: Freudenfeuer auf dem Rottberg.

Sonntag, den 26. Juni 1927, nachmittags 4 Uhr im Walthaldenpark Festspiel:

„Der Schultheiß von Ettligen“

von Wilhelm Fladt. Regie: Hans Blum.

Eintritt: I. Platz 3 RM., II. Platz 2 RM., III. Platz (nur an der Tageskasse) 1.20 RM.

Abfahrt zu den Vorstellungen ab Karlsruhe Reichsstraße (Altbahn): 3⁰⁰ und 3³⁰ nachmittags.

Kartenvorverkauf: Musikalienhandlung Müller (Tel. 388) u. Altbahnhof. Bei ungünstiger Witterung berechnen die gelösten Eintrittskarten zu einer gleichwertigen Veranstaltung in der Festhalle.

Abends 9 Uhr: Illumination der Stadt mit Fackelzug und anschließend 10 Uhr Parkfest im Walthaldenpark mit Feuerwerk, Tanzdarbietungen von Edith Bielefeld und ihrer Schule und sonstigen Überraschungen. — Eintritt 1 RM. (S. Inf.)

Bei ungünstiger Witterung werden die Vorstellungen in die Festhalle und in den Saal des Gasthauses zur „Sonne“ verlegt.

Deutsche Turn- und Sportausstellung 1927

in der Städtischen Ausstellungshalle vom 25. Juni bis 10. Juli 1927. Geöffnet von 10 bis 9 Uhr abds.

Eintrittspreise: 50 Pfg. für Erwachsene, 30 Pfg. für Schüler und Kinder. Jeder Erwachsene erhält ein Geschenk.

Samstag, den 25. Juni 1927:

11 Uhr vorm.: Feiert. Eröffnung durch den Herrn Staatspräsidenten D. F. B. Jugendtag

9 Uhr abends: Filme der Reichsbahn

Sonntag, 26. Juni 1927:

2 Uhr nachm.: Oberheim-Mainkreis-Regatta des Dt. Kanuverbandes im Mittelbecken des Rheinhafens

2½ Uhr: Karlsruher Pferderennen auf den Rennwiesen bei D. F. B. Jugendtag (Klein-Räppel)

9 Uhr abends: Lichtbildervortrag: Badische Jugendherbergen

Montag, den 27. Juni 1927:

2 Uhr abends: Turn- u. sportl. Vorführungen des Polizei-Sp.-V. „Koheland-Gymnastik“ Schülermieten von Fräulein Luise Hilger

9 Uhr abends: Filme der Turnergilde des D.B.D. (S. Inf.)

Gedächtnis-Ausstellung

20. Juni bis 15. Juli 1927

† Professor von Volkman

Graphik

zirka 120 Original-Lithographien und Radierungen

E. Büchle, Inh. W. Bertsch

Kunst- und Rahmenhaus, Kaiserstr. 132, Gartensaal

Besichtigung frei 8—12½, 2—6½, (S. Inf.)

Fortwärts-Stelle.

Die Stelle eines Fortwärts ist hier neu zu besetzen. Bewerber wollen ihre selbstgeschriebenen Gesuche bis längstens 1. Juli 1927 bei uns einreichen.

Theoretische und praktische Vorbildung wie bei staatlichen Fortwärtseisenbahnwärtern ist Voraussetzung für die Einstellung. Entsprechende Nachweise sind zu erbringen.

Gernsbach (Murgtal), den 23. Juni 1927.

Bürgermeisteramt:

Wengels. (S. Inf.)

Das Problem der deutschen Minderheiten und der Völkereiheit in Nation und Nationalität

Erster Ergänzungsband zum Jahrbuch für Soziologie

Herausgegeben von Prof. Dr. G. Salomon

Gr. 8. VIII, 224 Seiten

Brochüriert RM. 3.— Ganzleinen RM. 10.—

Prospekt kostenfrei Verlag G. Braun in Karlsruhe

Zu vergeben die Drückensarbeiten im Bezirk des Reichsbahnbaumeisters Wadobut ohne Materiallieferung mit einer Gesamtfläche von 2740qm. Bedingnishefte, Arbeitsbescheid einzufehen auf Zimmer Nr. 7, daselbst auch Abgabe von Bedingungsdrucke gegen 0,50 M in bar, keine Briefmarken, Versand nach auswärtig nur nach vorheriger Einfindung des Betrages mit Porto für den Vordruck (solange Vorrat), Angebote mit der Aufschrift „Brückenbauamt“ sind verschlossen, Post- und Befehlsgeldfrei bis Donnerstag, den 30. 6. Mts., vorm. 10 Uhr, bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Wadobut, 23. 6. 1927. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. (S. Inf.)

Vorstand des Reichsbahnbaumeisters

Bereitstellung von Bauarbeiten.

Das Wasser- u. Straßbauamt Sinsheim vergibt nach Finanzministerialverordnung vom 27.7.1922 und 22. 7. 1924 die Arbeiten für die Verbreiterung der Landstraße Nr. 1 zwischen Wiesloch u. Minsgoldheim km 41,330 bis 43,310.

Die Arbeiten umfassen: 1800 cbm Erdbewegung, 9200 qm Biefern und Einsetzen von Gestüt, 7 000 lfdm Verlegen von Bordsteinen, 7 000 lfdm Verlegen von Leistensteine und die Nebenarbeiten.

Die Arbeiten werden in 4 Losen vergeben. Die Bedingungen liegen auf dem Geschäftszimmer des Bauamts Sinsheim während der Dienststunden zur Einsicht auf. Angebotsdrucke werden daselbst gegen eine Gebühr von 1 M abgegeben. Die Angebote sind verschlossen und portofrei mit der Aufschrift „Straßenverbreiterung Wiesloch-Minsgoldheim“ bis längstens Samstag, 2. Juli 1927, vormittags 10½ Uhr, beim Bauamt einzureichen, wofür die Öffnung stattfindet. Zuschlagsfrist 8 Tage. (S. Inf.)

Sinsheim a.E., 23. 6. 27. Wasser- und Straßbauamt.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)

Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927. Bad. Amtsgericht A 6.

Karlsruhe. (S. Inf.)